



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

20.10.2016

Pressemitteilung Nr. 17/887

Höntsch: Reichsbürger sind gefährlich – Feiger Mord an Polizist zwingt zum Handeln

Der feige Mord an einem Polizisten in Bayern ist der traurige Höhepunkt extremistischer Aktionen der so genannten „Reichsbürger“, erklärt SPD-Fraktionsexperte Michael Höntsch nach der Tat. „Wir müssen diese Staatsfeinde, die sich Reichsbürger nennen, endlich ernst nehmen. Das sind nicht nur harmlose Spinner. Der Überzeugung konnte man schon vor dieser Tat sein“, sagt Höntsch.

„Nach Berichten, wonach öffentliche Behörden in der Region Hannover durch Mitglieder der sogenannten Reichsbürgerbewegung drangsaliert werden, kann man nicht vorsichtig genug sein. Entschiedenes Handeln gegen die Reichsbürger ist dringend erforderlich“, mahnt Michael Höntsch, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechts, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

„Es ist gefährlich und falsch, die selbsternannten Reichsbürger als krude Spinner zu belächeln“, hält Höntsch warnend fest. Ihre völkische Ideologie

sei durchsetzt von geschichtsrevisionistischen Ideen, die einen Angriff auf die Grundpfeiler des Rechtsstaates darstellten.

Insbesondere warnt Höntsch vor den Gefahren eines latenten Antisemitismus, von dem ihre Ideologie durchsetzt sei: „Die Parolen der Reichsbürger greifen auch in der Mitte der Gesellschaft“, so der Fraktionssprecher. Höntsch erinnert daran, dass die Bewegung mit dem rechtsextremen Kopp-Verlag ein wirkmächtiges Sprachorgan besitzt.

Es sei nicht hinnehmbar, so Höntsch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Behörden zur Zielscheibe der Reichsbürger würden. Der verständlichen Forderung nach Rechtssicherheit nehme er sich an: „Dieser Frage muss sich die Politik auf kommunaler und Landesebene annehmen. Es muss auch darüber gesprochen werden, ob mit Blick auf die aktuellen Ereignisse nicht auch der Verfassungsschutz die Reichsbürger beobachten sollte.“